



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 24.06.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 1. Juli 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Großer Festsaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 06.05.2021

Bereich Schule

2. 21-F-05-0024

Zehntausend gegen Corona - Coronakrise darf nicht zur Bildungskrise werden
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0225 vom 20.05.2021 -

ANLAGE

3. 21-F-20-0008

Ergebnisse der Verteilkonferenzen für das Schuljahr 2021/22
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2021-

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass die Annahme von Grundschulkindern an der Helene-Lange-Schule für das Schuljahr 2021/22 je nach abgebender Grundschule sehr unterschiedlich ausgefallen sei. So seien Bewerbungen aus Biebrich, dem Sauerland oder aus Klarenthal gänzlich unberücksichtigt geblieben.

Der Magistrat wird gebeten, das Staatliche Schulamt und ggf. die Helene-Lange-Schule um Beantwortung folgender Fragen zu bitten und dem Ausschuss zu berichten:

- a) Wie verteilten sich die Bewerbungen auf einen Platz an der Helene-Lange-Schule auf die abgebenden Grundschulen in den letzten drei Jahren?
- b) Wie viele SuS wurden dabei jeweils an der Helene-Lange-Schule angenommen (bitte aufgeschlüsselt nach abgebenden Grundschulen)?
- c) Wie viele SuS mit der Empfehlung Bildungsgang Hauptschule, Realschule und Gymnasium wurden in den letzten drei Jahren an der Helene-Lange-Schule angenommen?
- d) Welche Kriterien spielen bei der Verteilung von SuS eine Rolle?

3.1 Bericht zu den "Verteilkonferenzen" für das Schuljahr 2021/2022

4. 21-F-56-0002

Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen DIE LINKE. und VOLT vom 23.06.2021-

Der Ortsbeirat Schierstein befasste sich auf seiner letzten Sitzung am 16. Juni 2021 mit der Situation der Schulen in Schierstein. Angesichts der Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßnahmen hinsichtlich Erweiterungen und Sanierungen an den Schulen in Schierstein fasste er einstimmig einen Beschluss, der seitens des zuständigen Fachausschusses unterstützt werden sollte.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den am 16. Juni 2021 vom Ortsbeirat Schierstein gefassten Beschluss zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein, der folgendermaßen lautet:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, folgende Anregungen des Ortsbeirats mit in die Planungen und Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein einfließen zu lassen:

1. Die aktuell zu Schulzwecken genutzten Grundstücksflächen der Erich Kästner-Schule, Hafenschule (am Standort Zehntenhofstraße) und der Joseph-von Eichendorff-Schule in Schierstein sollen weiterhin den Schiersteiner Schulen zur Verfügung stehen. Insbesondere sollen die komplette aktuelle Fläche der Erich Kästner-Schule für die Sanierung/den Neubau der Schule inklusive Sporthalle (zur Nutzung gemeinsam mit der Hafenschule und für den Vereinssport) erhalten bleiben und aktuell eventuell „überschüssige“ Flächen als perspektivische Erweiterungsflächen mit der Zweckbestimmung Schule/Bildung zur Verfügung stehen.

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 1. Juli 2021

2. Der Ortsbeirat Schierstein sieht keine Notwendigkeit für eine generelle Machbarkeitsstudie für den Standort der Erich Kästner-Schule, da bei den Planungen zur Campuslösung schon die Machbarkeit von Schulgebäuden festgestellt wurde - gescheitert ist die Machbarkeit am Raumbedarf für zwei Schulen und eine Sporthalle. Die Deckung des Flächenbedarfs für eine Schule mit Sporthalle auf dem fast 15.000 qm großen Grundstück dürfte indes außer Frage stehen. Es sind daher umgehend Planungen zur Ertüchtigung der Erich Kästner-Schule aufzunehmen unter Berücksichtigung von Synergien mit der Hafenschule. Sollte die Verwaltung die Situation anders beurteilen und an der Vorstufe „Machbarkeitsstudie“ festhalten, bitten wir um die umgehende Erläuterung der Gründe hierfür.

3. Die Überprüfung des Zustands der Pavillons an der Erich Kästner-Schule ist entbehrlich und soll, um weiteren Verzögerungen vorzubeugen, nicht stattfinden, denn

a) die Pavillons sind in einem erkennbar sehr schlechten baulichen Zustand - belegt bereits durch die Machbarkeitsstudie von 2014 (siehe Begründung).

b) sie verhindern die Errichtung des notwendigen Sporthallenneubaus an der vom Ortskern abgewandten Seite, an der Kleinaustraße.

4. Die Planungen zum Neubau einer Sporthalle auf dem Gelände der Erich-Kästner-Schule sollen beinhalten:

a) die direkte Erreichbarkeit der Sporthalle über die Kleinaustraße

b) ein Spielfeld mit dem Mindestmaß 22 m x 44 m (Handball: 20 m x 40 m, incl. Sicherheitsabstand: 22 m x 44 m)

c) Zuschauermöglichkeit - z.B. eine Galerie

d) eine Unterteilbarkeit der Halle in drei eigenständige Spielfelder (Drei-Felder-Halle) und

e) eine Unterkellerung bzw. Bauweise, die zur Schaffung einer der möglichen Zuschauerzahl in der Halle angemessenen Tiefgarage oder Stellfläche unterhalb der Halle dient. Diese kann zur Schulzeit auch vom Lehrpersonal der Erich Kästner-Schule und der Hafenschule genutzt werden.

5. 21-F-55-0014

Sachstandsbericht über die Lage an den städtischen Schulen zum Schuljahreswechsel -Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06. 2021-

Nach den bevorstehenden Sommerferien beginnt für die Schüler*innen, ihre Eltern und die Lehrer*innen das dritte Schuljahr mit massiven negativen Auswirkungen durch Corona und die Folgen für den Unterricht und das gesamte schulische Leben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge angesichts dieser Situation berichten bzw. folgende Fragen beantworten:

- 1) Obwohl die Ständige Impfkommission (StiKo) keine generelle Impfung von Kindern und Jugendlichen empfiehlt, wurde die Priorisierung bei der Impfung aufgehoben und wird jetzt seitens politisch Verantwortlicher trotz zurückhaltender Bewertung von Fachverbänden die

generelle Impfung von Minderjährigen propagiert. Was ist seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden hinsichtlich der Impfung von Schüler*innen geplant? Inwieweit werden bei diesen Planungen die Schulen, die Schüler*innen- und Elternvertretungen sowie die Lehrer*innen und ihre Vertretungen einbezogen?

Welche Konsequenzen für den Schulbetrieb hat die Tatsache, dass es Geimpfte und Nicht-Geimpfte geben wird?

- 2) Was ist hinsichtlich der Testungen auf das Corona-Virus im Schulalltag geplant? Welche Konsequenzen hat dies für den Personaleinsatz an den Schulen? Welche Erfahrungen liegen mit den Testungen und dem sachgerechten Umgang mit den Tests vor (Qualifizierung für die Durchführung, korrekte Aufbewahrung und Entsorgung der Tests usw.)?
- 3) Da zu erwarten ist, dass voraussichtlich auch im kommenden Winter noch eine Ansteckungsgefahr durch das (mutierte) Corona-Virus gegeben sein wird, wird folgende Fragen gestellt: Wie weit ist die Ausstattung der Klassenräume mit Luftfiltern gediehen? Welche finanziellen Mittel wurden hierfür bereitgestellt und wieviel prozentual davon von Land oder Bund erstattet?
- 4) Die Probleme bei der Beförderung von Schüler*innen im ÖPNV und mit Schulbussen sind seit langem bekannt. Mit der Notwendigkeit angesichts der Ansteckungsgefahr entsprechende Abstände einzuhalten und angesichts der akuten Zuspitzung der Verkehrsproblematik durch den Wegfall des wesentlichen schienengebundenen Verkehrs und Sperrung von wichtigen Verkehrsachsen durch die Situation der Salzachtalbrücke sind besondere Maßnahmen erforderlich, um den Verkehr insbesondere nach Ende der Reisezeit, Rückkehr zur Arbeit in Präsenz und Unterrichtsbeginn nach den Ferien zu bewältigen. Wie sind die Schulen und das Schuldezernat bei der Verkehrsplanung eingebunden? Was ist konkret geplant?
- 5) Wie ist der konkrete Sachstand bei den einzelnen Schulen mit der digitalen Ausstattung der Schulen, auch mit Endgeräten für die Schüler*innen und Lehrer*innen? Wie hoch ist der Finanzierungsanteil von Land und Bund hierfür? Was ist der Stand hinsichtlich der Umsetzung des Medienentwicklungsplans? Inwieweit wurde bei der Ausstattung den gesundheitlichen Risiken durch elektromagnetische Wellen Rechnung getragen und IT-Verkabelung statt Ausstattung mit WLAN-Routern gewählt?
- 6) Welche Ergebnisse brachten die diesjährigen Verteilkonferenzen zum Übergang in die weiterführenden Schulen? Sind hierbei Effekte des Ausfalls von qualifiziertem Unterricht unter Corona erkennbar, insbesondere hinsichtlich der Anzahl von Schüler*innen, die eine Jahrgangsstufe wiederholen oder ihre Schule (ohne Abschluss) verlassen (müssen)? Welche Unterstützungen bietet die Stadt bis zum Schuljahresbeginn an, damit das schulische Scheitern bei möglichst vielen Schüler*innen noch vermieden wird? In welchem Umfang wird es deshalb Ferienangebote auch der Stadt geben? Welche schulpolitischen Konsequenzen sollen gezogen werden?
- 7) Wie ist der Sachstand zur Erstellung des neuen Schulentwicklungsplans? Für wann sind die nächsten "Stationen" der Beteiligung geplant?

Bereich Kultur

6. 21-A-57-0003

Beschlussempfehlung des Kulturbeirats Nr. 003/2021 vom 22.06.2021 "Digitale Werbeflächen"

Der Kulturbeirat Wiesbaden schlägt vor, dass die Stadt an drei zentralen und exponierten Orten Wiesbadens große digitale Werbeflächen für die Kultur neu schafft.

Begründung

Im beschlossenen Kulturentwicklungsplan haben sich Politik, Kulturschaffende und Stadtverwaltung auf zentrale Handlungsfelder geeinigt. Für die Stärkung der Sichtbarkeit und die besucherorientierte Kulturinformation wurden Handlungsempfehlungen mit hoher Priorität formuliert (kurz- bis mittelfristige Umsetzung). Digitalität als generelle Herausforderung und Handlungsschwerpunkt spielt dabei eine zentrale Rolle (siehe Kapitel 6.1 und 4.3 Kulturentwicklungsplan). Um die Sichtbarkeit der Kultur in Wiesbaden erkennbar zu erhöhen, hat sich die Arbeitsgruppe des Kulturbeirats (kurz: AG Sichtbarkeit) mit innovativen Möglichkeiten für Kulturwerbung auseinandergesetzt. In einem ersten wichtigen Schritt sollen die bereits letztes Jahr zur Prüfung beschlossenen digitalen Werbeflächen zu einem konkreten Entwurf geführt werden.

In mehreren Terminen wurden unter Beteiligung von Dezernat III, Kulturamt und Wiesbaden Congress & Marketing GmbH Eckpunkte für das Bedürfnis neu einzurichtender großer, digitaler Werbeflächen formuliert. In weiteren Gesprächen mit Schlüsselstellen in der Verwaltung (Werbenutzung, Denkmalschutz, Stadtgestaltung) wurde ein komplexes Vermittlungsfeld identifiziert. Einerseits ist die Landeshauptstadt Wiesbaden vertraglich mit der WALL GmbH in jeder Art Werbenutzung im öffentlichen Raum gebunden. Es müssen in jedem diesbezüglichen Vorstoß Gespräche mit dem Unternehmen geführt werden. Andererseits zeigt sich auch hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von neuen Werbeflächen eine in Abhängigkeit zur technischen und inhaltlichen Ausgestaltung hohe Orts- und Lagespezifität in den Anforderungen von Bauaufsicht, Denkmalschutz, Stadtgestaltung, Straßenverkehrsbehörde und unter Umständen weiterer Ämter. Ohne Entwurf und eine Eingrenzung der Orte können kaum Aussagen getroffen werden.

Der Kulturbeirat sieht seine Kompetenz in der Formulierung von Bedürfnissen und der Herstellung einer Gesprächsebene erschöpft. Er empfiehlt an dieser Stelle dringend die Erarbeitung eines Entwurfs durch eine zwischen Bedürfnissen einerseits und zu beteiligenden Verwaltungsstellen und dem Vertragspartner WALL GmbH andererseits vermittelnden Stelle.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. einen Entwurf für große, digitale Werbeflächen zu erarbeiten, der den folgenden Eckpunkten gerecht wird:
 - a. sehr große Flächen an hochfrequentierten Verkehrsknotenpunkten
 - b. visuell raumeinnehmende Werbeflächen
 - c. langsamer Bildwechsel oder wechselnde Standbilder

- d. inhaltlich vorgesehen für Kulturveranstaltungen und/oder Imagewerbung (nicht veranstalterspezifisch sondern bevorzugt für die freie Kulturszene Wiesbadens)
2. für die Vermittlung des Entwurfs zwischen denen in BP 1 genannten Bedürfnissen einerseits und andererseits den orts- und lagespezifischen Anforderungen genehmigender Ämter und Behörden sowie den Vertragspartner WALL GmbH insbesondere zu beteiligen:
 - a. Stelle Werbenutzung im Tiefbau- und Vermessungsamt (V/66S)
 - b. Stadtgestaltung im Stadtplanungsamt (IV/610240)
 - c. Bauaufsichtsamt und Untere Denkmalschutzbehörde (IV/63)
3. den Entwurf vorerst für drei der nachfolgenden Orte zu erarbeiten:
 - a. Das Ensemble Bowling Green, Kurhaus, Staatstheater
 - b. Dern'sches Gelände / Schloßplatz
 - c. Areal am Hauptbahnhof
 - d. Mauritiusplatz
 - e. Vorplatz RMCC/Landesmuseum
4. für die hochkomplexe Aufgabe der Erarbeitung eines Entwurfs im Spannungsfeld zwischen Bedürfnissen und Limitierungen eine Agentur/ ein Büro mit einschlägiger Erfahrung zu beauftragen.

7. 21-F-60-0003

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 22.06.2021-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden blickt auf eine lange, vielfältige und reiche Geschichte zurück, die bis heute im Stadtraum anhand von Baudenkmalen, historischen Stätten und Plätzen präsent und erlebbar ist. Allerdings gibt es bislang, abgesehen von einzelnen Bronzetafeln aus den 1970er Jahren mit sporadischen Informationen, kein Konzept, um diese historische Vielfalt für die Allgemeinheit zu erschließen.

Damit die Geschichte sowohl für die Einheimischen als auch für Touristen künftig noch besser erfahrbar wird, soll ein modernes Konzept unter dem Arbeitstitel „Historisches Wiesbaden“ entwickelt werden, durch das die Geschichte und deren Geschichten im öffentlichen Raum durch neue Beschilderungen sichtbar gemacht werden sollen. Begleitend sollen auf einer digitalen Plattform weitergehende Informationen bereitgestellt werden, welche die Informationen auf den Schildern ergänzen und medial erweitern bzw. vertiefen.

Die Umsetzung des Konzeptes „Historisches Wiesbaden“ soll langfristig angelegt sein und schrittweise verwirklicht werden, wobei die Finanzierung der Schilder auch durch Patenschaften von Vereinen, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Konzept zur historischen Beschilderung in Wiesbaden („Historisches Wiesbaden“) zu entwickeln, das sich am Konzept „Historisches Mainz“ der Landeshauptstadt Mainz und vergleichbarer historischer Informationsschilder im öffentlichen Raum orientiert und zum Ziel hat, sukzessive und langfristig im öffentlichen Stadtraum an historischen Stätten über die

1. Geschichte Wiesbadens (z.B. Orte, an denen historische Persönlichkeiten gelebt und gearbeitet haben, der Architektur- und Stadtbaugeschichte, der Archäologie, der Ereignis-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Erinnerungskultur usw.) zu informieren.
2. für dieses Konzept unterschiedliche Formate (mindestens drei) der Beschilderung vorzusehen, sodass die Größen der Schilder der Bedeutung des Ortes und der unterschiedlichen Möglichkeiten der Anbringung (z.B. Bodenstelen und Wandtafeln) angepasst werden können.
3. bei der Entwicklung des Konzepts insbesondere gestalterische Fragen der Schilder im Vorfeld mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abzusprechen sowie den Schutz der Schilder vor Vandalismus und natürlichen Umwelteinflüssen zu berücksichtigen.
4. einen Vorschlag zu unterbreiten, wer sich unter Beteiligung von wem für die Erstellung bzw. Freigabe der Texte und Informationen auf den historischen Schildern verantwortlich zeigt. Den lokalen historischen Vereinen und Stiftungen soll hierbei die Möglichkeit zur Beteiligung und Mitarbeit gegeben werden.
5. von Beginn an auch Möglichkeiten vorzusehen, wie man über die Schilder zu weiterführenden, digital bereitgestellten Informationen und Angeboten gelangen kann (ggf. unter Verwendung und Ausbau des bestehenden digitalen Stadtlexikons);
 - a.) zu prüfen, ob durch die Verwendung von QR-Codes Hintergrundinformationen zu den Stationen digital zur Verfügung gestellt werden können. Je nach Standort beispielsweise in Verbindung mit dem Errichten von Ruhebänken, wie es auf dem Campus der Fachhochschule Kiel bereits erfolgreich umgesetzt wird (s. <https://www.fh-kiel.de/kultur/campuskunst-d/projekte/m-weisser-33denkbaenke/>) und
 - b.) zu prüfen, inwieweit digital bereitgestellte Informationen auch unter Berücksichtigung von Punkt 5.1 bei den Wiesbadener Stolpersteinen berücksichtigt werden können.
6. von Beginn an auch thematische Schwerpunkte/Rundgänge innerhalb des offenen Netzwerks an Schildern vorzusehen, z.B. zu den Themen „Kurstadt Wiesbaden“, „Stadt des Historismus“, „Künstlerinnen und Künstler“ o.Ä.
7. ein Konzept vorzulegen, auf welche Weise durch Patenschaften die Finanzierung einzelner Schilder durch Vereine, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen kann.
8. als Auftakt an 10 Orten Schilder anzubringen und diese zu finanzieren.

8. 21-F-22-0004

Die Mauritius-Mediathek zu Wiesbadens Wohn- und Arbeitszimmer weiterentwickeln
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 23.06.2021-

Die städtischen Bibliotheken sollen sich zukünftig nicht nur als analoge Wissensspeicher begreifen, sondern als Zentrum für gemeinsames Lernen, Leben und Arbeiten. Die Mauritius-Mediathek kommt diesem Auftrag schon in weiten Teilen nach. Es sind jedoch weitere Schritte notwendig, um eine attraktive Anlaufstelle für alle Wiesbadener zu bleiben. Dazu sollten sich die Öffnungszeiten mittelfristig anderen Freizeit- und Kulturangebote anpassen, in einem ersten Schritt durch eine Erweiterung an Samstagen. Gleichzeitig bedarf es einer Ausweitung des städtischen Angebotes zum Lernen über und mit neuen Technologien, z.B. zum computergestützten Modellieren.

Für die Nutzung der Stadtbibliotheken werden derzeit Jahresgebühren von 15 Euro für Erwachsene erhoben, während Minderjährige die Angebote der Bibliothek kostenfrei nutzen können. Da das Gebührenaufkommen nur einen kleinen Deckungsbeitrag für die Kosten des Bibliotheksangebotes leistet, Personalressourcen bindet und eine Hemmschwelle für die Nutzung der Angebote darstellt, sollte bei einer Verbesserung der Haushaltslage ein Verzicht auf die Jahresgebühr geprüft werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. längere Öffnungszeiten der Stadtbibliothek an den Wochenenden zu prüfen. Zunächst soll dies über eine Verlängerung der Öffnung samstags bis in den frühen Abend erfolgen. Gleichzeitig wird der Magistrat gebeten, sich über die kommunalen Spitzenverbände beim Land Hessen für eine Öffnungserlaubnis für Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen einzusetzen.
2. das Ausstattungsprogramm der Stadtbibliothek weiterzuentwickeln, um das Angebot den Änderungen im Freizeitverhalten und den unterschiedlichen Interessen insbesondere junger Menschen anzupassen (z.B. durch die Zurverfügungstellung von 3D-Druckern, eines FabLabs und einem Ausbau digitaler Angebote) und dieses anschließend mit dem notwendigen Investitionsbedarf dem Ausschuss vorzustellen.
3. zu berichten, wie sich die Nutzerzahlen und das Gebührenaufkommen in den letzten Jahren entwickelt hat.

9. 21-F-55-0009

Perspektive des Stadtmuseums post Coronam
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Wie für alle Museen und die allermeisten Kultureinrichtungen bedeuteten und bedeuten immer noch die Einschränkungen unter Corona eine immense Belastung. Die Beziehung zwischen Museen und Bürgerschaft wurde massiv gestört. Für alle geht es um einen schnellen Weg aus der Krise. Dieser ist einerseits abhängig vom pandemischen Geschehen und hierzu erforderlichen Maßnahmen, zum anderen aber auch von der politischen Unterstützung für die Kultur. Finanzielle Kompensationen sind dringend erforderlich, aber alleine nicht ausreichend.

Eine wichtige Kultureinrichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden ist ihr Stadtmuseum. Dieses ist bekanntlich unter unzureichenden Bedingungen unterirdisch untergebracht. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften hat sich mit der Situation des Stadtmuseums in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt.

Nun gilt es, den "Re-start" des Stadtmuseums zu unterstützen und darüber hinaus eine Perspektive für das Stadtmuseum zu entwickeln. Ein großes Manko des Stadtmuseums ist das Fehlen von adäquaten Räumlichkeiten, die auch größere Sonderausstellungen mit wertvollen, empfindlichen Leihgaben ermöglichen. Diesem Mangel könnte durch die (temporäre) Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten begegnet werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, welche zusätzlichen Räumlichkeiten dem Stadtmuseum zeitnah zur Verfügung gestellt werden können, vor allem um Sonder- und Wechsellausstellungen zu ermöglichen, die im Marktkeller nicht machbar sind.

Hierzu sollte auch kurzfristig geklärt werden, ob der "Hygieia-Saal" in den Kulturhaus-Kolonnaden zur Verfügung gestellt werden könnte, der von Beschaffenheit und seiner Lage am Staatstheater und Kurhaus - auf der "Kultur- und Museumsmeile" Wiesbadens - für diesen Zweck als besonders prädestiniert erscheint.

Die für die Nutzung des Hygieia-Saals erforderlichen Schritte sollten bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 16. September 2021 geklärt werden, damit dem Ausschuss in der Sitzung berichtet werden kann und weitere Schritte folgen.

10. 21-F-55-0010

Sachstandsbericht zum „Jahr des Wassers“
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. Februar 2020 die Vorbereitung einer gemeinsamen Ausstellung und Kampagne „Wiesbadener Jahr des Wassers“ zusammen mit dem Museum Wiesbaden 2022 beschlossen.

Zur Beschlussfassung wurde seitens des Dezernats I (WIEB) ein Entwurf für ein Rohkonzept (Stand November 2019) vorgelegt.

Da das „Jahr des Wassers 2022“ näher rückt, erscheint ein aktueller Sachstandsbericht sinnvoll, um auf die Gestaltung der geplanten Kampagne Einfluss zu nehmen und weitere Institutionen und Personen für die Vorbereitung und Durchführung zu gewinnen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht zur Vorbereitung des „Wiesbadener Jahrs des Wassers 2022“ geben. Dabei sollen insbesondere Informationen zum aktuellen Stand der Einbeziehung und Beteiligung der städtischen Ämter und Gesellschaften und deren Planungen gegeben werden.

Da es sich um ein Projekt bzw. eine Kampagne der ganzen Stadt handelt, soll der Sachbestandsbericht auch besonders die am Rhein anliegenden sowie die anderen Stadtteile außerhalb der Innenstadt umfassen.

11. Bereich Städtepartnerschaften

12. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 21-F-08-0005

Sachstandsbericht Sanierungsarbeiten an der Brüder-Grimm-Schule, Grundschule der Landeshauptstadt Wiesbaden im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
-Bericht des Magistrats vom 29.04.2021 zum Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 17.02.2021-

ANLAGE

2. 21-V-40-0009

DL 22/21-6

Neubau als Erweiterung der Martin-Niemöller-Schule - Ausführungsvorlage

3. **21-V-40-0016** **DL 22/21-7**
Karl-Gärtner-Schule - Grundsatzvorlage Erweiterung für die 3-Zügigkeit, Neubau einer Zweifachsporthalle

4. **21-V-40-0018** **DL 22/21-8**
Finanzbericht Schulamt für 2021, 1. Halbjahr

5. **21-V-40-0022** **DL 22/21-9**
Ausbau Grundschulkinderbetreuung- Personalbedarf

6. **21-V-63-0002** **DL 22/21-12**
Neubau der Johannes-Maaß-Schule, 2. Bauabschnitt inclusive einer 2-Feldturnhalle und Nebenanlagen - Wiesbaden-Nordost, Johannes-Maaß-Straße 1

7. **21-V-51-0017** **DL 21/21-11**
Ausführungsvorlage Nr. 1 zum Grundsatzbeschluss Nr. 0362 vom 12.11.2020: Umwandlung von Betreuender Grundschule in Schulsozialarbeit an Grundschulen

8. **21-V-51-0034** **DL 19/21-10**
Wiesbadener Monitoring für den Übergang Schule - Beruf Schuljahr 2019/2020

9. **21-V-20-0020** **DL 20/21-2**
Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021

10. **21-V-03-0006** **DL 21/21-3**
Bekanntgabe der Mitglieder des Kulturbeirates gemäß § 2 Abs. 1 der Kulturbeiratsordnung - Wahlzeit 2020 bis 2022

11. 21-V-41-0006 DL 19/21-3

Hess. Staatstheater Wiesbaden: Abschluss 2020; Budget 2021

12. 21-V-41-0008

Troncmittel Kultur 2021, Teil 1

ANLAGE

13. 21-V-41-0009 DL 20/21-3

Neufassung der Benutzungsordnung für die Stadtbibliotheken Wiesbaden

14. 21-V-41-0012 DL 19/21-4

Mitgliedschaft im Deutschen Museumsbund e.V. und der Art Nouveau European Route

15. 21-V-41-0014 DL 20/21-4

Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden bei Cinemalovers e.V.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender





Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 20. Mai 2021

Antrags-Nr. 21-F-05-0024**Zehntausend gegen Corona - Coronakrise darf nicht zur Bildungskrise werden**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.05.2021 -

Die Corona-Pandemie hat zu immensen Belastungen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern geführt. Durch die lange Aussetzung des Präsenzunterrichts drohen Bildungsverluste, die ganzen Jahrgängen langfristig schaden können. Das Ifo-Institut hat bereits im Januar eine durch Bildungsverluste hervorgerufene durchschnittliche Verringerung des Lebenseinkommens der von Schulschließungen betroffenen Schüler von 4,5 Prozent prognostiziert. Dabei drohen insbesondere SchülerInnen aus Familien, die sich keinen privaten Nachhilfeunterricht leisten können (oder wollen) und deren Eltern sich nur eingeschränkt beim Homeschooling einbringen können, ins Hintertreffen zu geraten; die Bildungsschere würde sich damit weiter öffnen und das Aufstiegsversprechen durch Bildung konterkarieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Vermeidung langfristiger Bildungsverluste bei Wiesbadener SchülerInnen ein Programm aufzulegen, mit dem die Auswirkungen der Corona-Bildungskrise abgefedert werden. Dieses soll zumindest die folgenden Punkte umfassen:

1. "Zehntausend gegen Corona": Über ein Gutscheinmodell finanziert die Stadt Wiesbaden in einem ersten Schritt 10.000 Nachhilfestunden für SchülerInnen, deren schulische Leistungen besonders unter der Aussetzung des Präsenzunterrichts gelitten haben. Die Abrechnung soll vom Nachhilfeanbieter direkt bei der Stadt erfolgen. Der Magistrat entwickelt kurzfristig ein System zur bürokratiearmen Anmeldung und Abwicklung, das sicherstellt, dass die Gutscheine zielgerichtet bei besonders belasteten Schülerinnen ankommen. Dieses Angebot schließt die zeitliche Lücke zur Realisierung des von Bund und Ländern angekündigten, aber noch nicht beschlossenen Nachhilfegutscheinprogramms.
2. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten wird das Wiesbadener Ferienprogramm vorerst in den Sommer- und Herbstferien 2021 um Kurse zum Aufholen von Lernrückständen, insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch ergänzt, um auch SchülerInnen, deren Schulen keine Feriencamps zum Aufholen von Lernstoff anbieten, zu unterstützen.
3. Der Magistrat legt bis nach den Sommerferien in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden und unter Einbeziehung des Stadtelternbeirats eine kurzfristige Maßnahmenliste vor, mit der der kommunale Beitrag zu einer qualitätsvollen digitalen Lehre geleistet werden kann. Dabei sind insbesondere die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für SchülerInnen und LehrerInnen sowie die Lizenzierung von digitalen Lehrinhalten zu prüfen, um parallel zum laufenden Schuljahr den SchülerInnen eine selbstständige Aufarbeitung vorhandener Defizite zu erleichtern.

4. Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit dem Land zu Beginn des kommenden Schuljahres eine Lernstandserhebung durchzuführen, um eine qualifizierte Grundlage zu legen, mit der Lernrückstände frühzeitig und gezielt aufgearbeitet werden können.
-

NEUFASSUNG der Stadtverordnetenfraktionen CDU, Freie Demokraten, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG zu TOP I/10 für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021

Wirksam gegen die drohende Bildungskrise vorgehen

Die Corona-Pandemie hat zu immensen Belastungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern geführt. Durch die lange Aussetzung des Präsenzunterrichts drohen Bildungsverluste, die ganzen Jahrgängen langfristig schaden können. Das Ifo-Institut hat bereits im Januar eine durch Bildungsverluste hervorgerufene durchschnittliche Verringerung des Lebenseinkommens der von Schulschließungen betroffenen Schüler von 4,5 Prozent prognostiziert. Dabei drohen insbesondere Schülerinnen und Schüler aus Familien, die sich keinen privaten Nachhilfeunterricht leisten können und deren Eltern sich nur eingeschränkt beim Homeschooling einbringen können, ins Hintertreffen zu geraten; die Bildungsschere würde sich damit weiter öffnen und das Aufstiegsversprechen durch Bildung konterkarieren.

Aus diesem Grund hat das Land Hessen ein Förderprogramm für Schülerinnen und Schüler ins Leben gerufen. Dazu stellt das Land Hessen 60 Mio. € aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Krise im Jahr 2021 zur Verfügung. Das Programm „Löwenstark - der BildungsKICK“ besteht aus verschiedenen Bausteinen, die die Ebenen Bildung, Sport und Vereine umfassen und mit denen das übergeordnete Ziel der Gesundheitserhaltung und der Bildungsgerechtigkeit verfolgt wird. Das Corona-Aufholpaket der Bundesregierung ist bisher noch nicht beschlossen und umgesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Vermeidung langfristiger Bildungsverluste bei Wiesbadener Schülerinnen und Schüler ein Programm aufzulegen, mit dem die Auswirkungen der Corona-Bildungskrise abgedeckt werden:

1. Auch wenn die Ausgestaltung und Verteilung der Mittel bisher unklar bleibt, wird der Magistrat gebeten, das Förderprogramm der Landesregierung bestmöglich in den Wiesbadener Schulen zu etablieren. Der Magistrat wird zudem darum gebeten, an die hessische Landesregierung heranzutreten und auf die zeitnahe Konkretisierung der förderfähigen Maßnahmen zu drängen.
2. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten soll das Wiesbadener Ferienprogramm in den Sommer- und Herbstferien 2021 um Kurse zum Aufholen von Lernrückständen erweitert werden, um auch Schülerinnen und Schülern, deren Schulen keine Feriencamps zum Aufholen von Lernstoff anbieten, zu unterstützen.
3. Der Magistrat legt bis nach den Sommerferien in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden und unter Einbeziehung des Stadelternbeirats eine kurzfristige Maßnahmenliste vor, mit der der kommunale Beitrag zu einer qualitativvollen digitalen Lehre geleistet werden kann. Dabei ist insbesondere die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer sowie die Lizenzierung von digitalen Lehrinhalten zu prüfen, um parallel zum laufenden Schuljahr den Schülerinnen und Schülern eine selbst-

ständige Aufarbeitung vorhandener Defizite zu erleichtern. Hierbei soll der Einsatz von „Learning Analytics-Software“ vorrangig geprüft werden. Durch die Verwendung soll den Schülerinnen und Schülern die gezielte Nacharbeitung individueller Lernrückstände ermöglicht werden.

4. Der Magistrat wird aufgefordert, nach den Sommerferien Kontakt mit den Wiesbadener Schulen aufzunehmen und den Sachstand hinsichtlich des sich daraus ergebenden speziellen Bedarfs der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler sowie des Bedarfs an weiterer benötigter, individueller Unterstützung zu erfragen.
5. Im Einvernehmen mit den Schulen wird der Magistrat gebeten, in einem konstruktiven Austausch mit dem hessischen Kultusministerium einzutreten, mit dem Ziel, die Durchführung einer (schul)übergreifenden Lernstandserhebung an ausgewählten Wiesbadener Schulen zu eruieren.
6. Der Magistrat wird aufgefordert, sobald das Corona-Aufholpaket des Bundes mit dem Löwenstark-Programm der Landesregierung verzahnt ist, die Wiesbadener Schulen über die zusätzlichen Angebote unverzüglich zu informieren. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, nach der Konkretisierung des Programms etwaige Lücken im Bildungsangebot aufzuzeigen und der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge für weitere ergänzende Bildungsangebote vorzulegen.

Beschluss Nr. 0225

Die Neufassung des Antrags der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto vom 20.05.2021 wird zur Beratung an den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften überwiesen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 26.05.2021

Dem Vorsitzenden des Ausschuss
für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
mit der Bitte um weitere Veranlassung


Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 30.05.2021

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Gert Uwe Mende
Oberbürgermeister

BOR



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

*Mu 4.5.
Ber 3/5*

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

i.A. K. ... 72.02.2021

an den Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften

Der Magistrat

Dezernat für Finanzen, Schule
und Kultur

Stadtrat Axel Imholz

29. April 2021

Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 25.02.2021
Sachstandsbericht Sanierungsarbeiten an der Brüder-Grimm-Schule in Mainz-Kostheim
Beschluss-Nr.0024 vom 25.02.2021, Vorlagen-Nr. 21-F-08-0005

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 17.02.2021-

An der Brüder-Grimm-Schule wurden Sanierungsarbeiten an der Turnhalle durchgeführt, aber trotz entsprechender Hinweise der Schule an das Schulamt nicht ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht. Der Unterricht in der Schulturnhalle wird weiterhin dadurch gestört, dass es keinen Schutz gegen stark einfallendes Sonnenlicht gibt. Überreste von Blitzableitern sind immer noch nicht entfernt, die Klingel an der Schulturnhalle immer noch nicht instandgesetzt. Die neuen Türen der Turnhalle sind nicht Grundschulkinder gerecht eingestellt. Zudem ist die Fluchttür zur Straße hin beim Bau beschädigt, aber seitens der Stadt gegenüber der Bau ausführenden Firma nicht moniert worden. Bei den Elektroinstallationen fehlen Steckdoseneinsätze und Schalter. An deren Stelle sind bislang nur provisorische Abdeckblenden angebracht.

Neben den notwendigen Nachbesserungsarbeiten im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen an der Turnhalle existiert weiterer Sanierungsbedarf. Dieser ist dem Schuldezernat bekannt und Abhilfe ist in Aussicht gestellt, ohne dass die Schule oder der Ortsbeirat über einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan informiert wurden.

Sanierungsbedarf besteht bei den einfach verglasten Fenstern sowie brüchigen Fensterrahmen in allen Klassenräumen, der Schulküche und dem Musikraum. Die Toiletten für das Lehrpersonal bedürfen dringend der Renovierung. Maßnahmen zur Herstellung einer Raumakustik, die Unterricht nicht erschwert, stehen aus. Auf dem Schulhof müssen an mehreren Stellen „Stolperfallen“ beseitigt werden, damit dieser wieder verkehrssicher ist. Die ehemalige Hausmeisterwohnung sollte umgehend so saniert werden, dass sie für die Schule nutzbar ist. Durch verschiedene Nachverdichtungsbauten der GWW im Einzugsbereich der Schule und damit verbundenen Zuzug wächst die Raumnot an der Schule. Die Schule hat

einen Mangel an notwendigen Differenzierungsräumen. Auf dem Schulhof müssen Stolperfallen beseitigt werden, um die Verkehrssicherheit wieder herzustellen. Die Schulküche konnte bislang nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

- 1) Der Magistrat möge dem Ausschuss sowie der Brüder-Grimm-Schule einen Maßnahmen- und Zeitplan für die Durchführung der notwendigen Sanierungsarbeiten vorlegen, damit diese zielgerichtet und zügig erfolgen.
- 2) Es wird angeregt einen „Jour fixe“ einzurichten, an dem ein regelmäßiger Austausch zwischen Schule, städtischem Schulamt und ggfs. staatlichem Schulamt stattfindet, um den Fortgang der Sanierungsarbeiten zu begleiten und zu optimieren.
- 3) Insbesondere erwartet der Ausschuss Informationen darüber, wann der Einbau einer neuen Schulküche an der Brüder-Grimm-Schule voraussichtlich erfolgen wird und ab wann die Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung seitens der Schule genutzt werden können.

Beschluss Nr. 0024

Der Antrag wird angenommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der Brüder-Grimm-Schule werden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt:

Die Turnhalle wurde in mit einem ersten Maßnahmenpaket durch die WiBau saniert. Teilweise werden noch Mängelbeseitigungen durchgeführt. Die Klingeln funktionieren mittlerweile, der Blitzschutz wurde geerdet. An der neuen Prallwand wurden für spätere Zwecke Aussparungen für Elektroinstallationen als Platzhalter vorgesehen. Aktuell sind die Elektroarbeiten abgeschlossen. Die neuen Türen werden mit einem anderen Obentürschließer versehen, damit sie für Grundschulkinder leichter zu bewegen sind. Die Ausbesserung der beschädigten Fluchttür wurde veranlasst. Die Fenster der Turnhalle wurden erneuert. Beim Schulamt liegen keine Informationen darüber vor, dass der Unterricht in der Halle durch Blendeinwirkung nicht stattfinden kann.

Die Sanierung von Fenstern und das Anbringen von Sonnenschutz mit einem Kostenumfang von 122.000 € wurden beauftragt und sind in der Umsetzung. Vorab der Gesamtmaßnahme wurde in umfangreicher Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde ein Musterfenster ausgeführt.

Für die Erneuerung von Toiletten ist eine Kostenermittlung beim Hochbauamt beauftragt. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Mittel im Haushalt 2022/23.

Über einen Sanierungsbedarf des Musikraums liegen beim Schulamt keine Informationen vor.

In der Schulküche wurde der Boden mittlerweile erneuert, die Schule kann die neue Küche beauftragen. Die Mittel dazu wurden von meinem Dezernat zur Verfügung gestellt. Die Maßnahme hatte sich zwischenzeitlich verzögert, weil die Frage der Erforderlichkeit eines Fettabscheiders geklärt werden musste.

Auf dem Schulhof wurden immer mal wieder Stolperstellen beseitigt. Aktuell liegen keine Meldungen der Schule vor.

Die Brüder-Grimm-Schule hat zukünftig weiteren Raumbedarf angemeldet. Daher wurde eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Brüder-Grimm-Schule unter Einbeziehung des Standorts selbst, der Hausmeisterdienstwohnung und der demnächst leerstehenden Gebäude der Albert-Schweitzer-Schule beim Hochbauamt beauftragt. Nach Vorlage der Ergebnisse kann über die weitere Verwendung der Hausmeisterdienstwohnung entschieden werden.

Da im Rahmen der Machbarkeitsstudie auch eine Erweiterung am jetzigen Standort und damit verbunden auch der Abbruch von Nebengebäuden geprüft wird, werden aktuell weitere Instandhaltungsmaßnahmen an diesen Gebäuden, u. a. eine Dachsanierung, bis zum Vorliegen der Ergebnisse zurückgestellt.

Sobald die Planung zu dem Projekt Erweiterung startet, wird es entsprechend dem Standard der Projektbearbeitung regelmäßige Planungs- und Nutzerbesprechungen geben, an denen das Schulamt und die Schule beteiligt sein werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass gerade an der Brüder-Grimm-Schule eine zielgerichtete Abarbeitung der Mängel erfolgt. Aufgrund der umfangreichen Abstimmungsbedarfe mit anderen Dienststellen (Umweltamt, ELW, Denkmalschutzbehörde) ist nach außen hin leider oftmals nicht zu erkennen, dass eine Maßnahme tatsächlich vorangetrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. W. L.' followed by a stylized flourish.



Vorlage Nr. 21-F-08-0005

Beschluss des Magistrats

Nr. 0373 vom 11. Mai 2021

*Sachstandsbericht Sanierungsarbeiten an der Brüder-Grimm-Schule, Grundschule der
Landeshauptstadt Wiesbaden im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
Beschluss Nr. 0024 des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften vom 25.
Februar 2021*

Der Bericht des Dezernates III vom 29. April 2021 wird zur Kenntnis genommen.

+

+

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalbericht ist beigelegt)

Dezernat III z. K.

Wiesbaden, den 11. Mai 2021

Der Magistrat


Mende
Oberbürgermeister





SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 4 1 - 0 0 0 8**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) III

Troncmittel Kultur 2021, Teil 1

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat 21. Mai 2021 Eingangsstempel Büro des Magistrats	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
		Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss Eingangsstempel Amt 16	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
		öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Axel Imholz

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 18.05.2021

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 6.382.186,89 €
 in %: 6,9%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2021	Zuschüsse	9.500	9.500		100523	785810	Förderung Kultur
	x	2021	Zuschüsse	2.000	2.000		101546	785810	Förderung Stadtgeschichte
	x	2021	Zuschüsse	4.500	4.500		101544	785810	Förderung Bildende Kunst
Summe einmalige Kosten:				16.000					

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Gewährung von Zuschüssen aus Troncmitteln für den Bereich Kultur.

Anlagen:

1. Zusammenstellung der beantragten Troncmittel

C Beschlussvorschlag:

- I. Für den Bereich Kultur stehen für 2021 folgende Troncmittel zur Verfügung:

45.000,00 € Anfangsbestand 2021
- 13.568,21 € anteilige Kürzung aus 2020 (Ansatz wurde nicht erreicht)
31.431,79 € stehen in 2021 zur Verfügung

Für folgende Maßnahmen/Projekte werden die aufgeführten Zuschüsse beschlossen und freigegeben (siehe auch Anlage 1 zur Vorlage):

1. Zuschuss an das Europäische Theater e.V. für technische Anschaffungen für Videoaufnahmen und Streaming (100523 Förderung der Kultur). üpl. 2.500 €
2. Zuschuss an den Kulturclub Wiesbaden e.V. für den Ankauf einer mobilen Bühnenlichtanlage (100523 Förderung der Kultur). üpl. 2.500 €
3. Zuschuss an die Kunstarche Wiesbaden e.V. für die Drucklegung des Werksverzeichnisses zu dem Wiesbadener Bildhauer Emil Hopfgarten (101544 Förderung der Bildenden Kunst). üpl. 2.500 €
4. Zuschuss an den Künstlerverein Walkmühle für den Ankauf eines Weitwinkelbeamers für den neuen Veranstaltungsraum (101544 Förderung der Bildenden Kunst) üpl. 2.000 €
5. Zuschuss an „Arco e.V.“ für den Ankauf von Projektionstechnik für professionelle Medienarbeit und Online-Angebote (100523 Förderung der Kultur). üpl. 1.500 €
6. Zuschuss an die Gesellschaft für Natur + Kunst e.V. für die Erweiterung der Themenlandschaft zum Element Wasser (100523 Förderung der Kultur). üpl. 3.000 €
7. Zuschuss an Erika Noack zur Drucklegung des Bildbandes „Wiesbaden aus der Vogelperspektive - Städtebauliche Veränderungen in 20 Jahren“ (101546 Förderung der Stadtgeschichte). üpl. 2.000 €

- II. Die Mittel werden bei den entsprechenden Projekten üpl. zugesetzt, die Deckung erfolgt aus den Troncmitteln für den Bereich Kultur.

Der Magistrat (Dezernat III/20) wird mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt.

- III. Es wird in diesem Zusammenhang Kenntnis genommen, dass folgender Antrag nicht berücksichtigt wird:

1. Zuschuss an die IG Sonnenberger Vereine e.V. für den Ankauf von Tischen und Stühlen für open-air-Veranstaltungen.

- IV. Diese Vorlage wird nach Beschlussfassung durch den Magistrat dem Kulturbeirat zur Stellungnahme weitergeleitet.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Vorlage ist mit den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften abgestimmt.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 18 Mai 2021

4101/4814 sb


Axel Imholz
Stadtrat

Anfangsbestand Troncmittel 2021 vorläufig 31.431,79 €

Tronc 2021 Teil 1

Summe der vorgeschl. Maßnahmen	16.000,00 €
Restbestand	15.431,79 €

Lfd. Nr.	Verein oder Initiative, Künstler/Maßnahme	Kosten	geplante Finanzierung	beantragte Förderung	Vorschlag	Bemerkung
1	Das "Europäische Theater e.V." wurde 2019 gegründet, um Aufführungen in verschiedenen Sprachen zu realisieren. Das Theater verfügt über keine feste Spielstätte. Mithilfe von technischen Anschaffungen möchte sich das Theater von der Coronapandemie unabhängig auch virtuell präsentieren.	9.993,41 €			2.500,00 €	
2	Der Kulturclub Bleibrich führt im Jahr durchschnittlich 30 Veranstaltungen unterschiedlichster Genres durch. Der Ankauf einer Akku-Bühnenlichtanlage ist erforderlich, da die alte Lichtanlage defekt ist und eine Anmietung auf Dauer zu teuer wäre. Die Anlage kann auch außerhalb der Räumlichkeiten in Bleibrich genutzt werden.	11.300,24 €	Eigenfinanzierung und Förderung aus Troncmitteln	3.500,00 €	2.500,00 €	
3	Die "Kunstarche Wiesbaden e.V." bewahrt und erschließt Werke der Wiesbadener Künstlerschaft. Aktuell entsteht ein Werkverzeichnis für den nassauischen Bildhauer Emil Alexander Hopfgarten, 1821 in Berlin geboren, 1856 in Bleibrich gestorben. Für Drucklegung und Ausstellung fehlen noch Mittel.	15.470,00 €	Einnahmen in geschätzter Höhe von 2400 Euro.		2.500,00 €	
4	Der Künstlerverein Walkmühle benötigt für den bald fertiggestellten Veranstaltungsraum im Brauhaus der Walkmühle einen speziellen Weitwinkelbeamer für hochwertige Wandprojektionen.	5.622,53 €		5.622,53 €	2.000,00 €	
5	Arco e.V. möchte für das Arco Forum im Konrad-Arnold-Haus zwei leistungsstarke Arbeitsplätze für graphische, video- oder animierte Medienarbeit einrichten und einen leistungsstarken Projektor, eine Video-Kamera sowie 2 Scheinwerfer zur Erneuerung der Ausleuchtung anschaffen.	4.646,00 €		2.325,00 €	1.500,00 €	
6	Die Gesellschaft Natur + Kunst e.V. widmet sich seit Beginn der Pandemie der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Element "Wasser". In dem Zusammenhang entsteht auf dem Außengelände des Schlossparks ein Wasserwerk, das den Besuchern und Besuchern den schöpferischen und kreativen Umgang mit Landschaft und Wasser ermöglichen soll. Für die entsprechende Realisierung der Maßnahme entstehen Kosten in Höhe von 11.900,- €.	11.900,00 €		11.900,00 €	3.000,00 €	
7	Antrag von Erika Noack zur anteiligen Finanzierung der Drucklegung des Buches „Wiesbaden aus der Vogelperspektive – Städtebauliche Veränderungen“ Band 2. Nach dem 2017 erschienenen ersten Band „Wiesbaden aus der Vogelperspektive – Städtebauliche Veränderungen“ erscheint in diesem Jahr eine Fortsetzung. Die Fotos zeigen die Entwicklung unserer Stadt in den letzten 20 Jahren.	14.425,00 €	6.000 Euro Sponsorengelder		2.000,00 €	Seitenzahl: ca. 150, Auflage: 750 Stück, Verkaufspreis ca. 35 Euro
8	Der Sonnenberger Burggarten wird auch weiterhin stark von etlichen Vereinen und Kulturinitiativen für Outdoor-Proben und Open-Air-Veranstaltungen genutzt werden. Die Interessengemeinschaft Sonnenberger Vereine e.V. möchte dazu Tische und Stühle anschaffen, die auf dem unebenen Boden gestellt werden können.	10.606,23 €	Rücklagen in Höhe von 2.800 Euro		0,00 €	Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme aus Haushaltsmitteln des Kulturamtes zu fördern.
	Summe	89.963,41 €	0,00 €	23.347,53 €	16.000,00 €	



Vorlage Nr. 21-V-41-0008

Beschluss des Magistrats

Nr. 0416 vom 1. Juni 2021

Troncmittel Kultur 2021, Teil 1

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Für den Bereich Kultur stehen für 2021 folgende Troncmittel zur Verfügung:

45.000,00 € Anfangsbestand 2021
- 13.568,21 € anteilige Kürzung aus 2020 (Ansatz wurde nicht erreicht)
31.431,79 € stehen in 2021 zur Verfügung

Für folgende Maßnahmen/Projekte werden die aufgeführten Zuschüsse beschlossen und freigegeben (siehe auch Anlage 1 zur Vorlage):

- | | |
|--|--------------|
| 1. Zuschuss an das Europäische Theater e.V. für technische Anschaffungen für Videoaufnahmen und Streaming (100523 Förderung der Kultur). | üpl. 2.500 € |
| 2. Zuschuss an den Kulturclub Wiesbaden e.V. für den Ankauf einer mobilen Bühnenlichtanlage (100523 Förderung der Kultur). | üpl. 2.500 € |
| 3. Zuschuss an die Kunstarche Wiesbaden e.V. für die Drucklegung des Werksverzeichnisses zu dem Wiesbadener Bildhauer Emil Hopfgarten (101544 Förderung der Bildenden Kunst). | üpl. 2.500 € |
| 4. Zuschuss an den Künstlerverein Walkmühle für den Ankauf eines Weitwinkelbeamers für den neuen Veranstaltungsraum (101544 Förderung der Bildenden Kunst) | üpl. 2.000 € |
| 5. Zuschuss an „Arco e.V.“ für den Ankauf von Projektionstechnik für professionelle Medienarbeit und Online-Angebote (100523 Förderung der Kultur). | üpl. 1.500 € |
| 6. Zuschuss an die Gesellschaft für Natur + Kunst e.V. für die Erweiterung der Themenlandschaft zum Element Wasser (100523 Förderung der Kultur). | üpl. 3.000 € |
| 7. Zuschuss an Erika Noack zur Drucklegung des Bildbandes „Wiesbaden aus der Vogelperspektive - Städtebauliche Veränderungen in 20 Jahren“ (101546 Förderung der Stadtgeschichte). | üpl. 2.000 € |

- II. Die Mittel werden bei den entsprechenden Projekten üpl. zugesetzt, die Deckung erfolgt aus den Troncmitteln für den Bereich Kultur.

Der Magistrat (Dezernat III/20) wird mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt.

- III. Es wird in diesem Zusammenhang Kenntnis genommen, dass folgender Antrag nicht berücksichtigt wird:

1. Zuschuss an die IG Sonnenberger Vereine e.V. für den Ankauf von Tischen und Stühlen für open-air-Veranstaltungen.

- IV. Diese Vorlage wird nach Beschlussfassung durch den Magistrat dem Kulturbeirat zur Stellungnahme weitergeleitet.

(antragsgemäß)

+

+

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalvorlage ist beigelegt)

030010 z. w. V.
(Kopie der Vorlage ist beigelegt)

Dezernat III/41 z. K.

Wiesbaden, den 1. Juni 2021

Der Magistrat



Mende
Oberbürgermeister

| BOR